

## **B e r i c h t Nr. L 543/19**

**für die Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung am 06.09.2017 unter Verschiedenes**

### **Bericht: Überwiesene Anträge aus der Bremischen Bürgerschaft**

#### **A. Problem**

Der Abgeordnete Dr. Thomas vom Bruch, Fraktion der CDU, bittet um einen Bericht, welche von der Bürgerschaft überwiesenen Anträge die Deputation noch nicht erreicht haben.

#### **B. Lösung / Sachstand**

Bei Anträgen, die der Deputation von der Bremischen Bürgerschaft überwiesen werden, handelt es sich in der Regel um solche, die zwar schon in der Plenarsitzung behandelt wurden, bei denen in der Sache aber noch kein Beschluss gefasst wurde oder werden konnte. Die Bremische Bürgerschaft überweist die Anträge in diesen Fällen zumeist gemäß § 33, Abs.1 der Geschäftsordnung „zur Beratung und Berichterstattung“ an die zuständige Fachdeputation, um auf Grundlage des erbetenen Berichts der Deputation in einer der folgenden Plenarsitzungen in der Sache entscheiden zu können. Hiervon unterschieden werden müssen solche Anträge, bei denen durch die Bürgerschaft bereits ein Beschluss in der Sache erfolgte, dieser aber (unter anderem) eine Berichterstattung vorsieht, deren Adressat dann wiederum in der Regel der Senat ist. Diese Berichte müssen den Fachdeputationen nicht zwingend vorgelegt werden.

Von den in der laufenden Legislaturperiode zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Kinder und Bildung überwiesenen Anträge sind die nachfolgenden Initiativen zum Stichtag 17.08.2017 noch nicht abschließend in der Bremischen Bürgerschaft behandelt:

- **„Bremens Kinderbetreuungszeiten flexibel und verlässlich gestalten“** (Antrag der FDP vom 06.04.2016, Drs.-Nr. 19/138S, überwiesen in der Sitzung am 24.05.2016):

Die Deputation für Kinder und Bildung hat in der Sitzung am 29.03.2017 den Entwurf eines Berichtes beschlossen, welcher der Bremischen Bürgerschaft unter der Drs.-Nr. 19/487S vorliegt.

- **„Social Media in der Schule angeleitet fördern - Leitfaden und Unterstützung sicherstellen“** (Antrag der CDU vom 07.03.2017, Drs.-Nr.: 19/964, überwiesen am 09.03.2017):

Die Deputation für Kinder und Bildung hat in der Sitzung am 21.06.2017 den Entwurf eines Berichtes beschlossen, welcher der Bremischen Bürgerschaft unter der Drs.-Nr. 19/1149 vorliegt.

- **„DGE-Standards in Schulen in Bremen und Bremerhaven etablieren“** (Antrag Bündnis 90/Die Grünen / SPD vom 09.02.16, Drs.-Nr.: 19/277, überwiesen am 26.05.2016):

Die Deputation für Kinder und Bildung hat in der Sitzung am 21.06.2017 den Entwurf eines Berichtes beschlossen, welcher der Bremischen Bürgerschaft unter der Drs.-Nr. 19/1174 vorliegt.

- **„Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen“** (Antrag der CDU vom 09.02.16, Drs.-Nr.: 19/266, überwiesen am 17.03.2016):

Zu diesem Antrag wurde der Deputation für Kinder und Bildung mit der Vorlage L 62/19 am 16.12.2016 ein Berichtsentwurf zur Beschlussfassung vorgelegt. Auf Antrag der Fraktion der CDU wurde die Befassung zunächst ausgesetzt. Daraufhin fand nochmals eine intensive inhaltliche Prüfung und Abstimmung statt, in deren Verlauf auch Erörterungen mit Vertretern der antragstellenden Fraktion erfolgten. Der Prozess der Abstimmung des Berichtsentwurfes ist zwar schon sehr weit fortgeschritten, konnte aber noch nicht abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, der Deputation für Kinder und Bildung in der Sitzung am 18.10.2017 einen neugefassten Entwurf des Berichtes zur Beschlussfassung und anschließenden Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft vorzulegen.

- **„Alarmsignale wahrnehmen - Politikunterricht in den Bremer Schulen stärken“** (Dringlichkeitsantrag der FDP vom 15.08.16, Drs.-Nr.19/684),

**„Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen“** (Dringlichkeitsantrag der CDU vom 23.08.16, Drs.-Nr.19/703) und

**„Schulisches Lernfeld ‚Gesellschaft‘ stärken, Interdisziplinarität erhalten“** Dringlichkeitsantrag DIE LINKE vom 15.09.16, Drs.-Nr. 19/742)

Diese drei Anträge wurden in der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am 22.09.2016 miteinander verbunden und zusammen zur Beratung und Berichterstattung an die Deputation für Kinder und Bildung überwiesen. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat der Deputation daraufhin in der Sitzung am 19.10.2016 mit der Vorlage L58/19 einen zusammenfassenden Bericht zu den verbundenen Anträgen vorgelegt, dessen Beschlussempfehlung vorsah, der Bremischen Bürgerschaft Ablehnung vorzuschlagen. In der Sitzung wurde die Vorlage auf Antrag der Fraktion der FDP ausgesetzt. Der Antrag wurde mit dem Wunsch begründet, hier zunächst eine Anhörung durchführen zu wollen.

gez.

Ilgner